

**Eigentlich sollte man erwarten, dass die Stadt Bochum ihre Lehren aus der Finanzkrise gezogen hätte. Schließlich hat die Stadt durch die Beinahe-Pleite des US-Bankkonzerns AIG selbst Verluste bei ihrem Cross-Border-Leasing-Geschäft hinnehmen müssen.**

Mindestens 5 Mio Euro kostete die Stadt Bochum der 2003 abgeschlossene Vertrag über die langfristige Vermietung des Kanalnetzes. Bochum ist dabei mit einem blauen Auge davon gekommen: Zwischenzeitlich waren viel höhere Verluste erwartet worden.

Andere Städte sind bei spekulativen Geschäften deutlich härter getroffen worden. Hagen soll mit spekulativen Zinsswapgeschäften ca. 50 Mio Euro Steuergelder verzockt haben, Remscheid machte mindestens 12,7 Millionen Euro Verluste, Neuss mehr als 10 Millionen.

Eine Lehre aus der Finanzkrise wäre, von allen spekulativen Geschäften die Finger zu lassen. Und KommunalpolitikerInnen sollten den Rat von VerbraucherschützerInnen, keine Geschäfte abzuschließen, die man nicht vollständig versteht, besonders beachten: Schließlich ist es nicht ihr Geld, sondern das der Bürgerinnen und Bürger, mit dem spekuliert wird.

Doch weit gefehlt. Erst im Dezember hat die Mehrheit von SPD und Grünen im Rat der Kämmerei weitgehende Rechte zum Abschluss von Geschäften mit Fremdwährungen und Derivaten gegeben. Alles mit dem



## Ist Zocken modern?

hehren Ziel, durch „optimales modernes Finanzmanagement“ die Zinsbelastung der Stadt zu senken. Ein erstes Zwischenergebnis liegt nun vor: Durch die aktuelle Euro-Schwäche ist es bei den Kassenkrediten der

Stadt Bochum, die in Schweizer Franken aufgenommen wurden, zu einem Wechselkursverlust von 6,2 Mio Euro (Stichtag 19.05.) gekommen. Die Kämmerei gibt sich fatalistisch und sieht sich dem Marktgeschehen

hilflos ausgeliefert: „Mit einer Beruhigung dieser Krisensituation sollten auch die Märkte in die gewohnten Verläufe zurückfinden.“

Im April sollte der Rat den Abschluss eines Zinsswaps beschließen, mit dem die Zinserträge aus den US-Staatsanleihen, die die Stadt aus der Sicherheitsleistung für das Cross-Border-Geschäft besitzt, in laufende Zinszahlungen umgewandelt werden sollten.

SPD, Grüne und FDP haben grundsätzlich Zustimmung zu einem solchen Risikogeschäft signalisiert, wollen jedoch vor der endgültigen Entscheidung Angebote von Banken einholen. Natürlich auch hier mit dem hehren Ziel, die Einnahmesituation der Stadt zu verbessern.

In den Vorberatungen wurde vorgeschlagen, sich in dieser Angelegenheit von der Sparkasse Bochum beraten zu lassen. Dem wurde entgegnet, für diese Art von Geschäften gäbe es bei der Sparkasse keinen Sachverstand. Das ist richtig. Die Sparkasse verhält sich extrem konservativ und verzichtet auf alle Formen spekulativer Finanzanlagen. Sie ist damit hervorragend durch die Finanzkrise gekommen.

Das moderne Finanzmanagement der Stadt sollte sich vielleicht einmal grundsätzlich bei der Sparkasse Bochum beraten lassen. Die Bürgerinnen und Bürger müssten sich dann weniger Sorgen um ihr Geld machen.

*Uwe Vorberg*

### Swaps und Co.

Modernes Finanzmanagement zeichnet sich nicht nur durch seinen häufig spekulativen Charakter aus, sondern auch dadurch, dass für Ottilie Normalverbraucherin unverständliche Begriffe verwendet werden.

**Derivate** (lat. derivare = ableiten) sind Finanzprodukte, deren Preis sich von der Entwicklung anderer zu Grunde liegender Basiswerte (z.B. Rohstoffe, Aktien oder Zinssätze) ableitet. Zu ihnen zählen u.a. Futures, Optionen und Swaps. Sie können zur Absicherung von Geschäften, vor allem aber auch zur Spekulation eingesetzt werden.

**Swaps** (engl. = Austausch) sind Vereinbarungen, in Zukunft Zahlungsströme auszutauschen. So können z.B. feste Zinssätze (für bestimmte Kredite) gegen variable Zinssätze getauscht werden. Oder es können, wie im Fall der US-Staatsanleihen, Zinszahlungen, die erst am Ende einer Laufzeit fällig werden, in laufende Zinszahlungen getauscht werden. Swaps sind in der Regel Over-the-counter-Geschäfte.

**Over-The-Counter-Geschäfte** (OTC) sind der Handel mit Finanzmarktprodukten außerhalb der Börse. Diese sind in der Regel wenig kontrolliert und es fehlt eine wirksame Finanzaufsicht.

## Dank an Bürgerinitiative

Das Bundesverwaltungsgericht hat die Klage der Bürgerinitiative gegen die DüBoDo zum Planfeststellungsverfahren der so genannten Querspange höchststrichterlich abgelehnt. Ein verkehrspolitischer und ökologischer Rückschlag erster Güte. Wir möchten uns an dieser Stelle für den Einsatz der DüBoDo-Ini herzlich bedanken. Über Aktionen, Öffentlichkeitsarbeit und Klagen hat sie dazu beigetragen, dass die unsinnigen Ausbaupläne nicht einfach durchgewunken wurden.

Wenn die so genannte Querspange jetzt gebaut und der Sheffieldring zur Autobahn aufgewertet werden sollte, dann wird das zu keinerlei Entlastung führen. Mehr Autobahnen führen zu mehr Autoverkehr. Belastet wird die Umwelt durch die Zerstörung eines Landschaftsschutzgebiets und Lärm-/Schadstoffemissionen, belastet werden die AnwohnerInnen und belastet wird der öffentliche Haushalt. Von daher ist nicht das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts der Skandal, sondern die Entscheidungen der Politik für dieses unsinnige Verkehrsprojekt.

# NRW bunter als Schwarz-Gelb

**Am 9. Mai hat Nordrhein-Westfalen einen neuen Landtag gewählt. Im Wahlkampf hatte die amtierende Schwarz-Gelbe Regierung unter Ministerpräsident Rüttgers stark verloren und am Wahlabend war es dann klar: Die Bürgerinnen und Bürger hatten für den Politikwechsel in NRW gestimmt.**

Da es für Schwarz-Gelb bzw. SPD/Grüne nicht reichte, begann eine Zeit des Sondierens und Auslotens. Die SPD hatte erklärt, sie wolle eine Regierung bilden und nahm Gespräche mit den Grünen und den LINKEN auf. Trotz der Mehrheit von zusammen 101 Sitzen und der vielen Übereinstimmungen der Themen im Wahlkampf scheiterte schon das erste Gespräch. Nach und nach scheiterten auch alle anderen Konstellationen und die SPD wollte nun doch dem abgewählten Rüttgers lieber das Feld überlassen. Auf massiven Druck der eigenen Partei und auch der Öffentlichkeit, die mit Unverständnis reagiert hatte, überlegte es sich die SPD noch einmal anders und strebt nun eine Minderheitsregierung mit den Grünen an.

Für Bochum und für die anderen Kommunen in NRW ist es von großer Bedeutung, welche Regierung sich am Ende in Düsseldorf bildet. Der Landtag könnte bei einer entsprechenden Mehrheit

beispielsweise endlich die Gemeindeordnung dahingehend ändern, dass die kommunalen



© pixelio, sigrid rossmann

Unternehmen mehr Spielräume erhalten. So hat die Regierung in Düsseldorf maßgeblichen Einfluss auf die Kommunalfinanzen und die Lebenssituation vor Ort.

Auch im Bundesrat ist es entscheidend, welche Regierung sich bildet. Dort könnte eine

neue NRW-Regierung eine Initiative zur Verbesserung der kommunalen Finanzen durch den Bund anstreben und das unsägliche Sparpaket behindern. Und auch Regierungspräsident Diegel müsste seinen Hut nehmen und würde den Weg für einen besseren Umgang zwischen Bezirksre-

gierung und den Kommunen im Nothaushalt frei machen.

Bleibt für die Kommunen zu hoffen, dass am Ende SPD und Grüne den angekündigten Politikwechsel umsetzen. Dabei wird ihnen dann auch DIE LINKE im Land zur Seite stehen.

*Anna-Lena Orlowski*

**Auf seiner Juni-Sitzung beschloss der Ausschuss für Umwelt, Ordnung, Sicherheit und Verkehr gegen den Widerstand vieler Hammer BürgerInnen, dass die Deponie Marbach der Firma ThyssenKrupp Nirosta wieder in Betrieb genommen werden soll.**

Obwohl die Hammer Runde in unterschiedlichen Fachausschüssen und in der Bezirksvertretung Mitte ihre Bedenken vorgetragen hatte, fanden diese letztlich im entscheidenden Fachausschuss keinen Widerhall. Die Wieder-

## Deponie in Hamme beschlossene Sache

eröffnung wurde mit großer Mehrheit beschlossen. Selbstverständlich stimmte unser Ausschussmitglied dagegen.

Dabei ist uns die Frage des Erhalts der Arbeitsplätze natürlich sehr wichtig. Doch wir sind uns sicher, dass zu wenige Ideen für das Finden eines Alternativstandortes entwickelt wurden. Bereits im Vorfeld der Entscheidungen hatten 2.600 BürgerInnen Einwände gegen die Wiederinbetriebnahme der Deponie Marbach

formuliert. Auch ihre wesentliche Forderung war und ist, dass ThyssenKrupp Nirosta mögliche Alternativstandorte aufzeigen soll. Die lapidare Antwort darauf: Es gibt keine Alternativen und falls doch, sind die zu teuer.

Die Genehmigung für die bestehende Deponie stammt aus dem Jahre 1970. Damals existierten bei weitem nicht so strenge Umweltauflagen wie heute. ThyssenKrupp Nirosta will den bestehenden Depo-



© pixelio, yvonne paff

# Jahrhunderthalle und Konzerthausraum

**Im Jahr 2002 bestand noch Einigkeit, dass die Stadt nicht Eigentümerin der Jahrhunderthalle werden will. Der Grund: Für die Zukunft unabsehbare finanzielle Belastungen. Inzwischen scheint diese Einigkeit dahin.**

Dies lässt sich nur durch den Druck erklären, den die Landesregierung auf die Stadt ausgeübt hat. So wurde in den Verhand-

Zudem wurde angedroht, dass bestimmte Stadtentwicklungsmaßnahmen (Parkhaus an der Jahrhunderthalle, Umbau der Marienkirche) nicht mehr von der Lan-



lungen offensichtlich erklärt, dass die Stadt ab 2013, wenn der jetzige Vertrag mit der Bochumer Veranstaltungs GmbH ausläuft, keinen Zugriff mehr auf die Jahrhunderthalle bekommen wird, wenn sie nicht prinzipiell bereit ist, die Jahrhunderthalle zu übernehmen.

niekörper abdecken, aber die Altdeponie nicht von Grund auf sanieren. Dabei ist bislang nicht geklärt, welche Kontaminationen des Alt-Deponiekörpers auf Mensch und Umwelt zukommen werden.

Die Laufzeit der neuen Deponie soll weit über dreißig Jahre betragen, in denen ein Ablagerungsvolumen von 700.000 Kubikmetern aufgebracht werden soll. Über dreißig Jahre Lärm- und Staubbelastung für die BürgerInnen des Stadtteils. Aber alles kein Problem erklärt

desregierung gefördert würden. Für DIE LINKE. im Bochumer Rat ist die Übernahme der Jahrhunderthalle nicht akzeptabel, da langfristig unabsehbare Kosten auf die Stadt Bochum zukommen werden.

Erst einmal hört sich das Geschäft gut an. Der Betrieb der Jahrhunderthalle wird bis 2023

der Betreiber. Nach den von ihm selber erstellten Prognosen sind die zu befürchtenden Immissionen alle im zulässigen Bereich und somit absolut kein Grund zur Beunruhigung.

Es sind noch viele Fragen der BürgerInnen ungeklärt, aber der Beschluss ist gefasst und Hamme wird um eine „Attraktion“ reicher sein – eine Deponie inmitten von Wohnbebauung.

*Ernst Lange*

gesichert, die Stadt muss von den noch notwendigen Investitionen von 11,6 Mio Euro nur 2,2 Mio tragen, den Rest zahlt das Land. Von den laufenden Kosten von ca 2,3 Mio Euro jährlich muss die Stadt bis 2023 nur 400.000 Euro zahlen. Die Zeit nach 2023 wird einfach ausgeblendet. Dann kommen auf die Stadt die jährlichen Kosten von 2,3 Mio Euro voll zu, dazu die dann neu entstehenden notwendigen Investitionen. Es ist völlig unverantwortlich, diese Verpflichtungen für die Zukunft einzugehen.

Schmackhaft gemacht wurde das Geschäft durch eine angebliche Mitgift: Die Auszahlung der Fördermittel für die Marienkirche von 9,5 Mio Euro, die ohnehin vorgesehen waren, aber an der Haushaltsnotlage scheiterte, da die Stadt die 2,4 Mio Euro Eigenmittel nicht aufbringen durfte. Hier soll die Bezirksregierung wohl beide Augen zudrücken, falls die Stadt die Jahrhunderthalle übernimmt. Der Umbau der Marienkirche zum Kammermusiksaal ist für DIE LINKE allenfalls dann

akzeptabel, wenn die Eigenmittel dazu aufgebracht werden können. Dies ist aber nicht der Fall. Eine Sondergenehmigung für dieses Projekt würde dazu führen, dass die Eigenmittel an anderer Stelle eingespart werden müssen.

Erstaunlich für DIE LINKE ist, dass mit der Marienkirche jetzt plötzlich wieder die Konzerthauspläne blühen. Es gibt ein abgeschlossenes Wettbewerbsverfahren für die Marienkirche. Dies beinhaltet den Kammermusiksaal. Wenn jetzt die Marienkirche mit Landes- und städtischen Mitteln so umgebaut werden soll, dass ein Foyer gebaut wird, das gleichzeitig für ein Konzerthaus genutzt werden soll, widerspricht das bisherigen Beschlusslagen und der Einsicht, dass die Stadt sich zur Zeit ein Konzerthaus finanziell nicht leisten kann.

Eine Finanzierung des Konzerthauses mit städtischen Mitteln durch die Hintertür wird auf unseren entschiedenen Widerstand stoßen. *Uwe Vorberg*

## Aus der BV Wattenscheid

**2009 zog DIE LINKE erstmals in die Bezirksvertretung (BV) Wattenscheid ein.**

Leider reichte das Ergebnis nicht aus, um einen Fraktionsstatus zu bekommen. Dies führt zu Einschränkungen, die die Arbeit in Wattenscheid nicht unbedingt einfacher machen: z.B. kein Recht, Anträge zu stellen, kein Büro, noch nicht einmal zeitweise ein Raum für Bürgersprechstunden.

Dennoch ließ sich einiges bewegen. So ist mein Hinweis bei den Beratungen zum Haushaltssicherungskonzept 2009 zumindest als Forderung der BV umgesetzt worden, dass die Mittel für die Übernachtungsstelle für Obdachlose an

der Swidbertstraße und bei dem Verein „Die Brücke“ (Angebote für psychisch behinderte Menschen) nicht gekürzt werden.

Ein weiterer Erfolg war, dass u. a. durch meine Anfrage erreicht wurde, dass der Anteil Wattenscheider Bands, die am Förderprogramm der BV für NachwuchsmusikerInnen teilnehmen, von 25 auf 75 % gestiegen ist.

Auch die Frage der Bürgersprechstunden wird weiter bearbeitet. Im April gab es die erste als Kundgebung vor dem Rathaus. Perspektivisch wird es darum gehen, dass Einsparungen der Stadt nicht auf dem Rücken der finanziell Schwachen ausgetragen werden.

*Wolfgang Wendland*

# Lebendige Demokratie – Nicht erwünscht

Bereits auf ihrer ersten Ratssitzung im vergangenen November hatte sich die frisch gewählte Linksfraktion für mehr Bürgerbeteiligung und mehr direkte Demokratie eingesetzt: Die Fragestunde im Rat für EinwohnerInnen sollte verbessert werden.

Doch zunächst wurde der Vorschlag in den Bezirksvertretungen beraten. Die BV-Mitte hatte dem Rat einstimmig empfohlen, unseren Antrag anzunehmen. Allerdings ohne Erfolg: Die große Mehrheit im Rat sprach sich gegen mehr Bürgerbeteiligung aus und lehnte unseren Antrag ab. Das bedauern wir.

Zwar gibt es für die BochumerInnen theoretisch die Möglichkeit, schriftliche Fragen an die



Verwaltung zu stellen, doch ist zum einen der Zeitrahmen mit einer halben Stunde knapp bemessen und zum anderen sind die Hürden sehr hoch. Die Möglichkeit Nachfragen zu stellen besteht gar nicht.

Unser Antrag sah folgende Verbesserungen vor: Zu Beginn jeder

Sitzung sollte eine ganze Stunde für Fragen der BochumerInnen freigehalten werden. Zusätzlich zur schriftlichen sollte es die Möglichkeit der mündlichen Fragestellung und der Nachfrage geben. Das ist uns besonders wichtig, weil unseres Erachtens dadurch Politik unmittelbar erlebbar und transparenter würde.

Nach unserem Vorschlag könnten außer der Verwaltung zusätzlich auch die Fraktionen befragt werden. Es geht also nicht darum, nur Verwaltungshandeln zu erläutern, sondern auch gegebenenfalls gegenüber den WählerInnen als Politik Rechenschaft abzulegen.

DIE LINKE verfolgte mit ihrem Antrag das Ziel, Politik nachvollziehbarer und trans-

parenter zu gestalten. Dies wäre ein gutes Zeichen gegen fortschreitende „Politikverdrossenheit“ und Wahlmüdigkeit gewesen. Abgelehnt wurde unser Antrag lapidar mit dem Argument, der Vorschlag sei nicht praktikabel. Ein fadenscheiniges Argument, denn dass die vorgeschlagene Form der Fragestunde praktikabel ist, beweist die Bezirksvertretung Mitte auf jeder Sitzung, dort wird bereits wie oben beschrieben verfahren.

Und auch in anderen Städten ist unser Vorschlag gängige Praxis. Willy Brandt hat mal „Mehr Demokratie wagen“ gefordert. Dies ist heute noch sehr aktuell. Leider sah das die Mehrheit des Bochumer Rates nicht so.

*Aygül Nokta*

„Meine Daten musst du raten!“ An dieser Antwort scheiterte 1987 die Datensammlung der großen Volkszählung. Beim neuen Anlauf 2011 reichen deshalb vor allem die bereits von Verwaltungen erhobenen Daten.

In Bochum sollen aber auch 16.000 bis 18.000 Haushalte als Stichprobe einzeln befragt werden, daneben alle Heime, Anstalten und Unterkünfte der Stadt. Die Gebäu-

## Volkszählung 2011 Prinzip Hoffnung für Kosten und Datenschutz

de- und Wohnungszählung hat bereits begonnen. Dabei muss in ca. 3.000 Einzelfällen vor Ort geprüft werden, ob dort Wohnungen vorhanden sind.

Wie sind die erhobenen Daten geschützt? Wer trägt die Kosten? Das Land will – so die Antwort auf die Anfrage der LINKEN im Rat – zum Ausgleich der Perso-

nal- und Sachkosten beitragen, die Stadt weiß aber noch nicht genau, was an ihr hängen bleibt.



Für Datenschutz soll die von der übrigen Verwaltung abgeschotterte Statistik- und Erhebungsstelle sorgen. Von dort werden die Daten mit üblicher Verschlüsselung an die Statistikämter in Bund und Land übertragen. Zahlreiche Pannen mit gesammelten Daten im öffentlichen und privaten Bereich machen skeptisch: Für Datenschutz wie für den Kostenausgleich gilt bei der Volkszählung 2011 das Prinzip Hoffnung.

*Ralf Feldmann*

### IMPRESSUM

Linksfraktion Bochum  
Uwe Vorberg (V.i.S.d.P.)  
Altes Postgebäude  
Willy-Brandt-Platz 1 – 3,  
44777 Bochum  
Tel.: 0234 – 910 12 95 / 12 96  
Fax: 0234 – 910 12 97  
linksfraktion@bochum.de  
www.linksfraktion-bochum.de  
Fotos: pixelio (S.1,2,4),  
Stadt Bochum, Presse- und  
Informationsamt (S.3)

### LINKE. Einblicke

Ja, ich möchte regelmäßig Informationen über die Arbeit der Linksfraktion Bochum erhalten.

Bitte schicken Sie mir die „Einblicke“ kostenlos an folgende Adresse:

Name, Vorname Straße, Hausnummer Postleitzahl, Ort

Bitte schicken Sie mir Ihren elektronischen Newsletter an folgende Emailadresse: